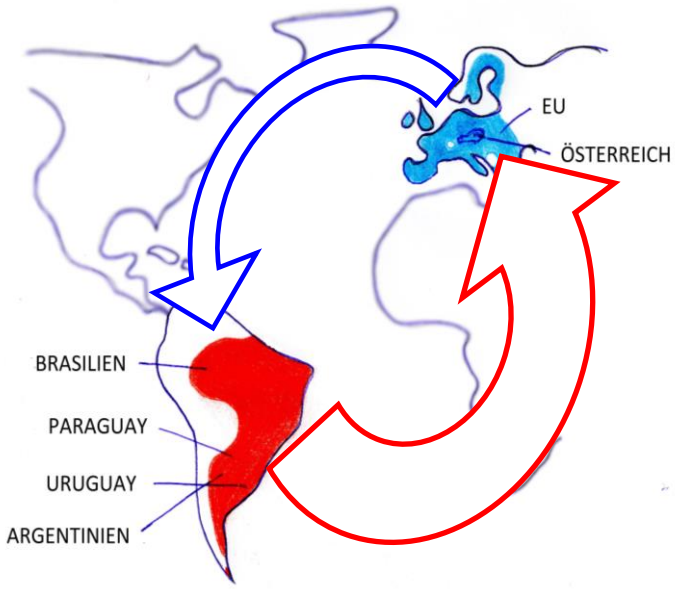
Handelsabkommen MERCOSUR bedroht bäuerliche Familienbetriebe

Am Freitag, 28. Juni 2019 kam es zum Abschluss der Verhandlungen des Handelspaktes zwischen der EU und den Mercosur-Staaten.

Der Handelsvertrag bereitet den bäuerlichen Interessensvertretungen großes Kopfzerbrechen. Die Unterzeichnung würde eine Überschwemmung des europäischen Marktes (v.a. mit **Rindfleisch, Zucker, Geflügelfleisch und Bioethanol**) bedeuten. Von Agrarlandesrat Max Hiegelsberger wurde daher ein Antrag zum Thema „Mercosur" an die OÖ Landesregierung eingebracht. Das Handelsabkommen wird darin klar abgelehnt. Sollte es dennoch zu einer Ratifizierung durch das österreichische Parlament kommen, werden konkrete Forderungen an die Bundesregierung gestellt. Die in Europa geltenden landwirtschaftlichen Produktionsvorschriften und die Beschränkung auf in Europa erlaubten Pflanzenschutzmittel, die Einhaltung von EU-Lebensmittelstandards und des EU-Vorsorgeprinzips für die im Rahmen des Abkommens importierten, Agrarprodukte und Lebensmittel müssen unverrückbar im Vertragstext verankert werden.



Österreichische Exporte (blauer Pfeil) und Importe (roter Pfeil) aus den Mercosur-Ländern (Quelle: eig. Darstellung)

Eine von der EU-Kommission beauftragen Studie aus dem Jahr 2016 kommt zum Ergebnis, dass der **systematische Schutz sensibler Bereiche dringend notwendig** ist. Österreich **exportierte** 2016 im Agrarsektor rund **40 Mio. Euro in die Mercosur-Staaten** (siehe blauer Pfeil; darin enthalten sind nicht nur landwirtschaftliche Güter, sondern auch 95% Energy-Drinks, Limonaden und Eistees). Demgegenüber **stehen Agrarimporte aus den Mercosur-Staaten von rund 160 Mio. Euro**, also viermal so viel.

Probleme für die heimische Landwirtschaft durch die Ratifizierung des MERCOSUR-Abkommens:

- Konkurrenz durch landwirtschaftliche Produkte aus den MERCOSUR-Staaten, die nach **niedrig(er)en Tierwohl- und Umweltstandards** produziert werden
- Immer **höher werdende Auflagen (und somit Kosten**) für die Produktion heimischer Lebensmittel und Rohstoffe (Pflanzenschutz, Klima- und Umweltschutz)
- Drohende **Budgetkürzungen** für die EU-Landwirtschaft in der kommenden GAP-Periode ab 2020
- **Marktverwerfungen**, die durch den anstehenden Brexit verursacht werden
- **Negative Folgen für Kleinbauern** in Südamerika und Klein- und Familien-Betriebe in Europa

Klimazerstörung statt Klimaschutz – negative Auswirkungen auf die Umwelt würden zunehmen:

- weitere **Zerstörung des Regenwaldes**, durch steigende landwirtschaftliche Produktion in Südamerika und großflächigen Anbau von Monokulturen
- **lange Transportweg** zwischen Europa und Südamerika
- **Nachhaltigkeitsziele** der Bundesregierung würden konterkariert werden

Beim Mercosur-Abkommen handelt es sich um ein sogenanntes gemischtes Abkommen, dem sowohl das Europäische Parlament, als auch die Parlamente aller Mitgliedsstaaten zustimmen müssen. „Man kann nur an die Abgeordneten in Brüssel und in Wien appellieren, dem Abkommen in dieser Form die Zustimmung zu verweigern", erklärte Hiegelsberger.